

Einheitlicher Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft vor der internationalen Konferenz in New York zur friedlichen Lösung der Palästina-Frage 29. 07.2025

Während sich die UN-Mitgliedstaaten am 29. und 30. Juli in New York zu der verzögerten hochrangigen Konferenz über die friedliche Lösung der Palästina-Frage unter dem gemeinsamen Vorsitz Frankreichs und Saudi-Arabiens treffen, bekräftigen wir – die unterzeichnenden palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Koalitionen in Palästina und im Exil – unsere einheitlichen Forderungen nach einer gerechten und rechtmäßigen Resolution, die auf den unveräußerlichen Rechten des palästinensischen Volkes beruht.

Verwurzelt in jahrzehntelanger Auseinandersetzung mit unseren Gemeinschaften und der internationalen Interessenvertretung hat die palästinensische Zivilgesellschaft immer wieder die schädlichen Folgen ineffektiver, diskriminierender und symbolischer internationaler politischer Ansätze erlebt. Diese Konferenz könnte einen Wendepunkt darstellen – jedoch nur, wenn sie wieder auf ihre rechtliche Grundlage ausgerichtet wird: die Resolution ES-10/24 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die auf jahrzehntelang bestehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen aufbaut. Diese Resolution begrüßte das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) von Juli 2024, das Israel aufforderte, das Völkerrecht einzuhalten, einschließlich der Beendigung seiner rechtswidrigen Besatzung, der Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Rückkehr, und Drittländer dazu verpflichtete, konkrete Sanktionen und Rechenschaftsmaßnahmen zu ergreifen, um das Völkerrecht zu wahren.

Die Konferenz bietet eine entscheidende Gelegenheit, veraltete Rahmenbedingungen hinter sich zu lassen und sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, über fehlerhafte Rahmen hinauszugehen und auf sinnvolle Maßnahmen hinzuwirken, die den Weg zur Lösung der "Frage Palästinas" mit Handlungen ebnet, die auf Prinzipien des Völkerrechts beruhen. Als palästinensische Zivilgesellschaft sprechen wir mit einer Stimme: Jeder Weg nach vorn muss damit beginnen, die Strukturen der kolonialen Herrschaft zu konfrontieren und abzubauen sowie das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu verwirklichen.

Dennoch haben die vorbereitenden Prozesse und Diskussionen – einschließlich der Pariser Zusammenkunft der „Zivilgesellschaft“ – diese rechtliche Grundlage ausgeklammert und stattdessen eine enge Zwei-Staaten-Agenda vorangetrieben, die den Realitäten der Zersplitterung, der Belagerung und des Völkermords unter einem kolonialen Siedlerregime nicht gerecht werden kann. Über Jahrzehnte haben internationale Ansätze Machtasymmetrien verschleiert, Kolonisatoren und Kolonisierte gleichgesetzt und diplomatische sowie wirtschaftliche Ressourcen in Prozesse und Ansätze gelenkt, die Israel vor Verantwortung schützen, während die eigentlichen Ursachen des Unrechts verwaltet – statt gelöst – werden: mehr als sieben Jahrzehnte israelischen Siedlerkolonialismus und Apartheid, aufrechterhalten durch militärische Besatzung, Blockade und Völkermord.

Ansätze, die den Dialog mit israelischen Behörden, Organisationen oder Einzelpersonen fördern, die die siedlerkoloniale Realität nicht in Frage stellen oder die grundlegenden Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung und Rückkehr nicht anerkennen, dienen letztlich dazu, die fortlaufenden Verbrechen Israels reinzuwaschen. Eine gerechte Lösung der Palästinafrage erfordert eine grundlegende Abkehr von engen und fehlgeleiteten Ansätzen des „Staatsaufbaus“ und der „Friedensförderung“ unter anhaltender Besatzung hin zu einem politischen Ansatz, der sich auf die Demontage des kolonialen Apartheid- und Besatzungsregimes Israels sowie auf die Verwirklichung der Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung und Rückkehr stützt.

Während unser Volk Völkermord, erzwungene Hungersnot, ethnische Säuberungen und weitere Enteignungen erleidet, ist dies nicht die Zeit für neu verpackte Fehlversuche. Es ist ein längst überfällig Moment für konkrete Maßnahmen: echte Verantwortlichkeit, anhaltenden internationalen Druck und dringende Sanktionen, um das rechtswidrige Regime Israels abzubauen und die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zu wahren.

Wir fordern daher alle Staaten, Institutionen und Akteure, die an der Konferenz teilnehmen, dazu auf:

1. Allen Lösungen müssen die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zugrunde liegen. Dazu gehören:

- Das Recht auf Selbstbestimmung, eine zwingende Norm des Völkerrechts, für alle 15 Millionen Palästinenser. Dieses Recht beginnt oder endet nicht mit der Staatsangehörigkeit, sondern umfasst den kollektiven Willen des Volkes, seinen politischen Status frei zu bestimmen und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu verfolgen, einschließlich der Souveränität über Land und Ressourcen.
- Das Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge, die während der Nakba (1948), Naksa (1967) und in allen nachfolgenden Wellen der Zwangsvertreibung vertrieben wurden.
- Das Recht auf vollständige Wiedergutmachung, einschließlich Rückgabe, Entschädigung, Genugtuung und Garantien für keine Wiederholung.

2. Sofortiges Beenden des Völkermords und der Belagerung des Gazastreifens:

Dies erfordert einen sofortigen bedingungslosen Waffenstillstand, den Rückzug der israelischen Militärkräfte aus Gaza und die sofortige, uneingeschränkte Bereitstellung humanitärer Hilfe.

3. Abbau der kolonialen Siedler- und Apartheidstrukturen Israels durch:

- Einräumung des Rechts auf Selbstbestimmung und Rückkehr.
- Aufhebung aller diskriminierenden Gesetze gegen Palästinenser.
- Beendigung der militärischen Besatzung.
- Aufhebung der Blockade des Gazastreifens.

4. Unterstützung der palästinensischen Bemühungen, eine einheitliche, demokratische palästinensische Führung wieder aufzubauen, die das palästinensische Volk in Palästina und im Exil vertritt durch:

- Beendigung der Delegitimierung palästinensischer politischer Gruppierungen und Förderung der nationalen Versöhnung ohne vorher festgelegte Bedingungen.
- Druck auf Israel ausüben, alle palästinensischen politischen Gefangenen freizulassen und willkürliche Inhaftierungen und Folter zu beenden.

5. Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht im Einklang mit den Erga-Omnes-Verpflichtungen von Drittstaaten, Israel nicht in der Durchführung von rechtswidrigem Apartheidregime, Völkermord, Besatzung und der Verweigerung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts zu bestätigen, zu begünstigen oder zu unterstützen.

Dazu zählen:

- die **Verhängung eines beidseitigen Militärembargos gegen Israel**, das alle Waffen, Militärtechnologie, Überwachungs-ausrüstung, Flugzeugtreibstoff, Ausbildung, gemeinsame Übungen, Militärbasen sowie den Export, Import, Transfer und Transit aller Teile, Komponenten und Dual-Use-Güter umfasst;
- die **Durchsetzung diplomatischer Sanktionen**, einschließlich der Ausweisung israelischer Botschafter und der Aussetzung offizieller Besuche sowie der Zusammenarbeit mit israelischen Behörden;
- die **Verhängung gezielter Sanktionen**, einschließlich Reiseverbote und Einfrierung von Vermögenswerten gegen Einzelpersonen und Institutionen, die an Israels internationalen Verbrechen beteiligt sind;
- die **Beendigung aller wirtschaftlichen Hilfen** und Kooperationsvereinbarungen, die Israels rechtswidrige Besatzung und das Apartheidregime aufrechterhalten, einschließlich der Kündigung von Freihandelsabkommen;
- die **Verhängung eines beidseitigen Energieembargos** durch Beendigung aller Importe/Exporte von Öl, Gas und Kohle, Desinvestitionen aus Förderprojekten und Aufkündigung aller Vereinbarungen über Transit und Pipelines, sowie Infrastruktur in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich in deren Hoheitsgewässern;

- das **Verbot der Vorbeifahrt an der Küste und des Anlegens von Schiffen** in ihren Hoheitsgewässern, die Waffen, militärische und Dual-Use-Ausrüstung, Treibstoffe oder Güter transportieren, die Israels Besatzung, Völkermord, Apartheid oder illegale Siedlungen unterstützen; das Verbot für Schiffe unter ihrer Flagge, solche militärischen Güter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck zu transportieren;
- die **Beendigung aller bilateralen und multilateralen Freihandels- und Kooperationsabkommen**, insbesondere des Assoziierungsabkommens EU-Israel wegen Verstoßes gegen Artikel 2, sowie aller von der EU finanzierten Kooperationsprogramme, einschließlich akademischer, kultureller und sportlicher Programme und des Freihandelsabkommens Mercosur-Israel;
- die **Verabschiedung nationaler Gesetze, die Unternehmen in Ihrem Zuständigkeitsbereich daran hindern**, die illegale Besatzung Israels, einschließlich Siedlungsunternehmen, zu unterstützen, daran mitzuwirken, darin zu investieren oder diese aufrechtzuerhalten;
- die **Sicherstellung, dass Unternehmen und Finanzinstitute im Rahmen Ihrer Zuständigkeit** alle ihre Vermögenswerte von den israelischen und mitschuldigen Unternehmen und von den Gesellschaften, die in internationalen Verbrechen verwickelt sind, abziehen;
- die **Aufhebung aller nationalen Gesetze und Richtlinien zur Kriminalisierung der palästinensischen Solidarität**, insbesondere der Proteste sowie der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionskampagnen (BDS);
- die **Ermittlungen gegen Staatsangehörige, die an Verbrechen gegen Palästinenser beteiligt sind**, einschließlich Doppelstaats-Angehöriger im israelischen Militär, und Strafverfolgung sowie Erlass von Richtlinien, die die Rekrutierung erschweren;
- die Einschaltung der **universellen Gerichtsbarkeit**, um die Täter internationaler Verbrechen gegen Palästinenser vor nationalen Gerichten strafrechtlich zu verfolgen;
- die Vollstreckung der **Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH)** gegen Netanjahu und Gallant, indem sie festgenommen

und nach Den Haag überstellt werden, sofern sie sich im Zuständigkeitsbereich, einschließlich des Luftraums, aufhalten;

- die Unterstützung der **Ermittlungen des IStGH zur Lage in Palästina**, indem seine Mitarbeiter geschützt, Sanktionen abgelehnt, die finanzielle Unterstützung aufgestockt und Druck auf Israel ausgeübt wird, dem IStGH-Personal Zugang zu Palästina zu gewähren, damit unabhängige Ermittlungen durchgeführt werden können;
- die Verweisung der Situation **in Palästina an den IStGH**, sofern dies noch nicht geschehen ist. Dabei sind die Verbrechen der Apartheid, des Völkermords sowie die mit der rechtswidrigen Besatzung verbundenen Verbrechen hervorzuheben;
- die Unterstützung der **vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) anhängigen Verfahren**, die Südafrika wegen Völkermordes gegen Israel und Nicaragua wegen Beihilfe dazu gegen Deutschland angestrengt haben, unter anderem durch Einreichung einer Interventionserklärung gemäß Artikel 63 des Statuts des Gerichtshofs;
- **der Beitritt zur Haager Gruppe** und der Anschluss an die Staaten des Globalen Südens, die Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht vorantreiben, um die palästinensische Selbstbestimmung zu unterstützen;
- die **Forderung, dass die UN-Generalversammlung das UN-Sonderkomitee gegen Apartheid und das UN-Zentrum gegen Apartheid neu aufstellt, um Israels Apartheid zu beenden**;
- die **Forderung, dass die UN-Generalversammlung Israels Mitgliedschaft aussetzt** wegen Verstoßes gegen die [Mitgliedschaftsbedingungen](#), einschließlich der Nichteinhaltung der Resolution 194. Hinzu kommen die systematischen Verstöße und Angriffe auf die Grundsätze und Institutionen der Vereinten Nationen;
- die **Unterstützung des Mandats der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission zu den besetzten palästinensischen Gebieten und Israel** unter anderem durch Ausübung des Drucks auf den israelischen Staat, damit dieser Zugang zu Palästina für unabhängige Untersuchungen gewährt.

Die Konferenz bietet eine entscheidende Chance, über fehlerhafte Rahmen hinauszugehen und auf sinnvolle Maßnahmen hinzuarbeiten, die den Weg zur Lösung der "Frage Palästinas" mit Handlungen ebnen, die auf Prinzipien des Völkerrechts beruhen.

Als palästinensische Zivilgesellschaft sprechen wir mit einer Stimme: Jeder Weg nach vorn muss damit beginnen, die Strukturen der kolonialen Herrschaft zu konfrontieren und abzubauen sowie das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu verwirklichen.

<https://www.thepipd.com/statements/pal-civil-society-call-to-action/>

Übersetzung: SiG-Redaktion, <https://www.sand-im-getriebe.org/>

Unterschriften: *Diese werden fortlaufend hinzugefügt*

Palästinensische Organisationen:

1. Palestinian BDS National Committee
2. The Palestine Institute for Public Diplomacy (PIPD)
3. Al-Haq
4. Al-Haq Europe
5. The Civic Coalition for Palestinians Right in Jerusalem
6. Applied Research Institute – Jerusalem (ARIJ)
7. Union of Agricultural Work Committees (UAWC)
8. Filastiniyat
9. Bisan Center for Research and Development
10. Visualizing Palestine
11. The Social Development Committee (SDC)
12. The Community Action Center at Al-Quds University
13. Law for Palestine
14. MUSAWA – Palestinian Centre for the Independence of the Judiciary and the Legal Profession
15. Beitna – Palestinian Collective in Belgium
16. QADER for Community Development
17. British Palestinian Committee
18. Women's Studies Centre
19. The Palestinian Initiative for the Promotion of Global Dialogue and Democracy- MIFTAH
20. Palestinian Youth Association for Leadership and Rights Activation
21. Center for Refugee Rights – Aidoun
22. Defense for Children International-Palestine
23. Palestinian Working Woman Society for Development-PWWS
24. The Palestinian Center for the Missing and Forcibly Disappeared (PCMFD)
25. AMAN Coalition
26. Palestinian Grassroots Anti-Apartheid Wall Campaign (Stop the Wall)
27. The Palestine New Federation of Trade Unions
28. BuildPalestine
29. Adalah Justice Project
30. Urgence Palestine
31. The International Commission for Supporting the Rights of the Palestinian People "Hashd"
32. Friends of Palestinian Medical Relief Society (PMRS)
33. Social Developmental Forum (SDF)
34. Palestinian Working Women Society for Development
35. The Psychosocial Counseling Center for Women
36. US Campaign for Palestinian Rights (USCPR)
37. Rihannah Society, al-Azzeh Refugee Camp
38. Alrowwad Cultural & Arts Society
39. Reviving Gaza
40. Gaza Families Reunited
41. UK Gaza Community
42. Makan Rights
43. Sabeel – Ecumenical Liberation Theology Center
44. Palestinian Forum in Britain
45. Forum Palestine Citoyenneté
46. Hawwa Society for Culture and Arts

Unterstützende internationale Organisationen:

1. South African BDS Coalition
2. Palestine Solidarity Alliance, South Africa
3. Housing and Land Rights Network – Habitat International Coalition
4. Legal Forum for Kashmir
5. Pal Commission on War Crimes, Justice, Reparations, and Return
6. Arab Women Organization of Jordan
7. International Peace Bureau (IPB)
8. SERAPAZ (Mexico)
9. Jenin Freedom Cinema Club California
10. International Fellowship of Reconciliation (IFOR)
11. Red Eclesial Justicia y Paz en la Patria Grande (ALYC)
12. CBJP Comissão Brasileira Justiça e Paz
13. Llegó la Hora de los Pueblos, Colectivo de Apoyo al CNI CIG – EZLN
14. Friends of Sabeel North America (FOSNA)
15. Comisión de Justicia, Paz e Integridad de la Creación
16. Solidarity 2020 and Beyond
17. Cuidadores de la Casa Común
18. Hijas e Hijos por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio H.I.J.O.S., (Guatemala)
19. Park Avenue Baptist Church
20. World BEYOND War
21. GPPAC Pacific
22. Global Exchange
23. The Palestinian Solidarity Organisation (PSO) at Mandela University
24. Movimiento Franciscano Justicia, Paz e Integridad de la Creación
25. Mesa Ecuémica por la Paz – MEP
26. Coalición de Movimientos y Organizaciones Sociales de Colombia – COMOSOC –
27. FabLanka Foundation
28. Australia Palestine Advocacy Network
29. Muslim Peace Fellowship
30. Community Media Network
31. Observatorio Latinoamericano de Geopolítica
32. Global Solidarity Coalition for Peace in Palestine
33. STOP the War Coalition Philippines
34. Palestinian-Canadian Academics and Artists Network
35. Programa Latinoamericano y Caribeño de tierras y agua
36. Arab American Institute, US
37. The Women International League for Peace and Freedom (WILPF), Switzerland
38. Dones x Dones, Catalunya
39. Mujeres para el Diálogo México
40. Vino Nuevo
41. Servicio Internacional Cristiano de Solidaridad con los Pueblos de América Latina, Mexico
42. Comité de Solidaridad y Derechos Humanos Monseñor Romero, Mexico
43. Human security initiative Org., Sudan
44. Peace Women Partners, Peace Women Partners, Philippines
45. Instituto Multiverso, Brazil
46. Palestinian Community of Western Australia
47. Ya Basta 'Alto al Genocidio' (Enough is Enough Stop Genocide in Gaza), Mexico
48. World Beyond War, USA
49. Guahan Coalition for Peace and Justice,
50. Socialismo o extinción – izquierda Internacional, Mexico
51. ASLA- Australia Solidarity with Latin America, Australia
52. Association Belgo-Palestinienne WB, Belgium
53. Australian Services Union, Australia

54. Balkan Solidarity Network
55. Canadian International Development Organization, Canada
56. Child Focus Africa
57. Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG) e.V. [German-Palestian Association], Germany
58. BDS.NL, Netherlands
59. Dora Frankel Ensemble Ltd, UK
60. European Coordination of Committees and Associations for Palestine (ECCP), Belgium
61. Federacion Palestina en Mexico, Mexico
62. FNV, Netherlands
63. Galway Association Against War, Ireland
64. Health Workers 4 Palestine, UK
65. Israeli Committee Against House Demolitions, UK
66. Independent Jewish Voices – Montreal Chapter, Canada
67. Indiana Center for Middle East Peace, US Initiative Justice for Israelis and Palestinians
68. Buendnis fuer Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palaestinenern e.V., Germany
69. Jews Against the Occupation '48, Australia
70. Innovando la Tradicion, Mexico
71. International Organization for the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (EAFORD), Switzerland
72. Jewish Peaceniks, UK
73. Jews Against the Occupation '48, Australia
74. Just Peace Advocates/Mouvement Pour Une Paix Juste, Canada
75. KwaZulu-Natal Palestine Solidarity Coalition, South Africa
76. Just Food Hub, US
77. Law for Palestine, UK
78. MARUF CT, US
79. Ontario Palestinian Rights Association, Canada
80. Palestine Solidarity Campaign, UK
81. Palestine Solidarity Campaign Gauteng, South Africa
82. Palestine Solidarity Campaign, Cape Town, South Africa
83. Pax Christi Canada
84. Pax Christi Flanders, Belgium
85. Project of Heart, Canada
86. PSNA, New Zealand
87. Salt River Heritage Society, South Africa
88. Solidarity Albania, Albania
89. Stroud District Community Independents, UK
90. Sydney Peace & Justice Coalition, Australia
91. The Canadian BDS Coalition and International BDS Allies, Canada
92. The Palestine Committee in Norway, Norway
93. Wilco Justice Alliance, US
94. US Women's International League for Peace and Freedom, Aotearoa/New Zealand
95. America Latina y el Caribe
96. Comisión provincial apostolado social, El Salvador
97. Firms por Palestina México, Mexico
98. Judíes x Palestina, Argentina
99. Medicos por Palestina, Chile
100. Mexicanos Unidos, Mexico
101. Plataforma Ciudadana Axarquia con Palestina, Spain
102. Resist Glencore, Columbia
103. Voces Palestinas, Málaga, Spain
104. Mouvement Citoyen Palestine, France
105. The Canadian BDS Coalition and International BDS Allies
106. Association France Palestine Solidarité (AFPS)